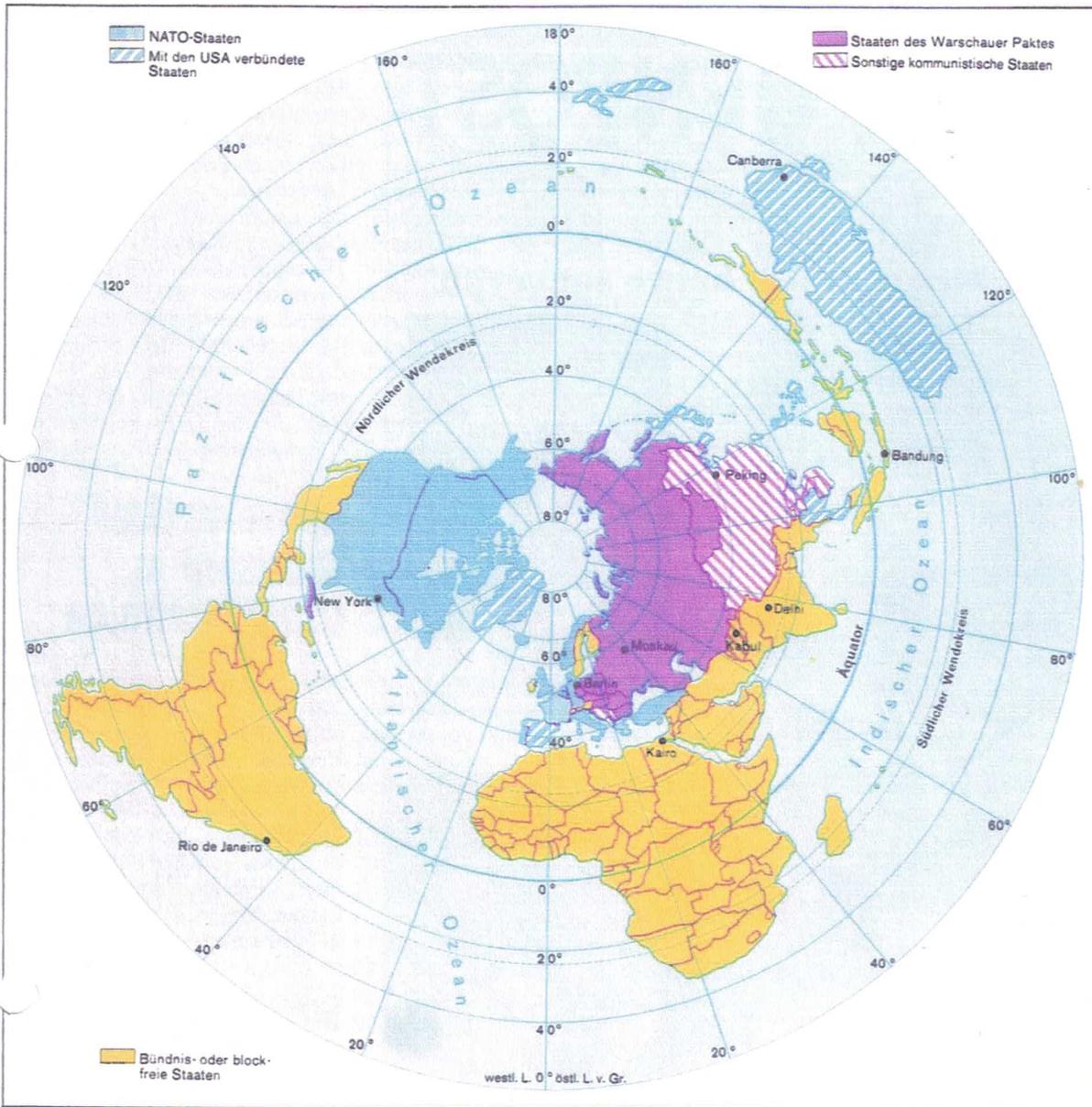


Warschauer Pakt beschlossen

Sowjetunion schließt Frieden mit Tito



Eine Darstellung der Blockbildung in der Welt seit 1955.

14. Mai. Als Reaktion auf die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO schaffen die sozialistischen Länder ein gemeinsames militärisches Oberkommando für die Staaten des Ostblocks. Vorerst gehören dem Oberkommando die Sowjetunion, Albanien, Ungarn, Rumänien, Polen und die Tschechoslowakei an; die Aufnahme der DDR soll später erörtert werden, um nicht alle Möglichkeiten zu einem Gespräch über die deutsche Frage auszuschalten. Der Sitz des Oberkommandos befindet sich in Moskau, erster Oberkommandierender wird der sowjetische Marschall Iwan Stepanowitsch Konew.



Die Unterzeichnung des Warschauer Pakts: Die sowjetischen Vertreter sind Außenminister Wjatscheslaw Molotow (links) und Marschall Georgij Schukow.



Sowjetischer Besuch in Marschall Tito, Minister Bulganin, Chruschtschow, Mikojan (halb verdeckt)

26. Mai. Nach dem Bruch mit Josef Stalin und im Frühjahr 1948 finden sich unter sowjetischer Leitung unter der Leitung von Nikita Chruschtschow, dem 1. Sekretär der KPdSU und Ministerpräsidenten in Belgrad zu wieder offizielle Kontakte. In seiner Rede Chruschtschow weist auf die Entzweiung auf die Seiten des früheren Chefs des Politbüros zurückgeführt. Una wird damit zum ersten Mal lang über jeder Kritik lin angegriffen. Die Jugoslawiens zum Woll anerkannt. Die tiert die These von den neuen Wegen zum Sozi

Neue Regierung in Niedersachsen

26. Mai. Nach dem Wahlsieg bei den Landtagswahlen in Niedersachsen wird die BHE-Regierung in die Koalition abgelöst. Als neue Regierung wird die CDU/DP/SPD-Koalition gebildet. Die CDU wird von Heinrich Hellwege als Ministerpräsidenten und Ministerpräsidenten Kabinett setzt sich aus den Parteien von DP, CDU, FDP zusammen.

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

1. Die USA kündigen Parlamentswahlen für Südkorea an.

6. Deutschland-Beschlüsse der Londoner Außenminister-Konferenz. →

7. Peronistischer Wahlsieg in Argentinien.

8. Das Oberste Gericht der USA sieht den Religionsunterricht in staatlichen Schulen als Verfassungsbruch an.

10. Uraufführung von Christopher Frys Komödie »Die Dame ist nicht fürs Feuer« in London.

13. Ausnahmezustand in Nicaragua wegen innerer Unruhen.

14. Bei einer Explosion in einem jugoslawischen Bergwerk nahe Triest finden 71 Bergarbeiter den Tod.

15. Die chinesischen Kommunisten besetzen Yen-an.

17. Abschluß des Brüsseler Vertrags. →

17. Der Volkskongreß in der SBZ beschließt, einen Volksrat als gesamtdeutsche Volksvertretung zu bilden.

19. Ein Tornado im Mittelwesten der USA fordert 42 Tote.

26. Beschluß, eine französisch-italienische Zollunion zu schaffen.

27. Clay hebt die Verfahren gegen 300 000 ehemalige minderbelastete Nationalsozialisten in der amerikanischen Zone auf.

27. König Faruk von Ägypten legt den Grundstein für den Assuan-Staudamm (→ Juli 1956, Juli 1970).

29. Tschiang Kai-schek erhält als wiedergewählter Präsident Chinas diktatorische Vollmachten.

29. Auf Corregidor explodiert eine japanische Mine: 21 Tote.

31. Der US-Kongreß beschließt ERP-Leistungen in Höhe von 5,3 Milliarden Dollar.

GESTORBEN:

4. Antonin Artaud (* 4. 9. 1896), französischer Schriftsteller.

4. Elsa Brändström (* 26. 3. 1888), schwedische Philanthropin, »Engel von Sibirien«.

10. Jan Masaryk (* 14. 9. 1886), tschechoslowakischer Außenminister. →

31. Egon Erwin Kisch (* 29. 4. 1884), tschechischer Journalist, der »rasende Reporter« (→ Oktober 1924).

Russen protestieren

6. März. Seit dem 23. Februar tagen in London Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der drei Benelux-Staaten, um über das Deutschlandproblem zu beraten. Auf einen sowjetischen Protest gegen die Konferenz hat die französische Regierung erklären lassen, es sei natürlich, »daß Frankreich versuche, mit England und Amerika eine Lage zu klären, die ihm große Sorge bereite, da sie schwerste Folgen für den Wiederaufbau Europas nach sich ziehen könne«. Auf den Wiederaufbau Europas verweisen auch die USA und Großbritannien, wobei die USA erklären, ihr Angebot an die UdSSR zur Fortführung der Viermächtegespräche bestehe weiterhin. Die Tagesordnung der Konferenz in London enthält die Beteiligung der Benelux-Staaten an der westalliierten Deutschlandpolitik, Westdeutschlands Verhältnis zum Marshallplan, Deutschlands

Wirtschaft im Rahmen der westeuropäischen Wirtschaft und die Ruhrkontrolle, Reparationen, politische und wirtschaftliche Organisation Deutschlands, vorläufige Gebietsregelungen. Auf der Konferenz kann eine Anzahl geringer Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt werden, generelle Differenzen werden zur künftigen Bereinigung herausgearbeitet. Deutschland soll an der Ruhrkontrolle beteiligt werden.

In einer erneuten Protestnote erklärt die UdSSR, die Westmächte hätten die Spaltung Deutschlands durch Ablehnung aller früheren sowjetischen Vorschläge über gesamtdeutsche Institutionen und Maßnahmen herbeigeführt und außerdem die Viermächtekontrolle des Ruhrgebiets verhindert. Die Konferenz habe ohne Beteiligung der UdSSR keine rechtsgültigen Beschlüsse fassen können.

Westen für Alleingang



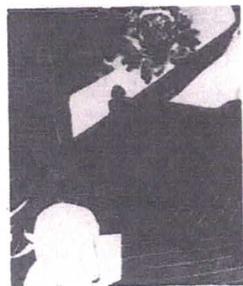
Die russischen Vertreter im Alliierten Kontrollrat, bevor sie aus Protest gegen unvollständige Unterrichtung über die Londoner Beschlüsse die Sitzung verlassen.

20. März. Zur Beratung der Beschlüsse der Londoner Konferenz treffen die westalliierten Militärgouverneure am 19. März in Berlin zusammen. In der Kontrollratssitzung am folgenden Tag verlangt der sowjetische Vorsitzende, Marschall Wassilij Sokolowski, eine vollständige Unterrichtung über alle Beschlüsse und Gespräche der Londoner Sechsmächte-Konferenz. Sokolowski sieht in der Londoner Konferenz einen Anschlag auf die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz. Die westlichen Alliierten hät-

ten gröblich gegen Kontrollratsabkommen verstoßen, was dazu geführt habe, daß dieser praktisch nicht mehr bestehe. Als die westlichen Militärgouverneure erklären, von ihren Regierungen zur Berichterstattung nicht autorisiert zu sein, verläßt die sowjetische Delegation den Konferenzsaal.

Am 31. März spricht sich der britische Militärgouverneur Brian Robertson eindeutig für die Bildung eines in die westeuropäische Union integrierten westdeutschen Staates aus.

Tödlicher Fenstersturz Jan Masaryk



Der aufgebahrte Leichnam.

10. März. In Prag stirbt demokratischer tschechischer Außenminister Jan Masaryk nach einem Sturz aus dem Fenster. Er ist der Sohn Tomáše Masaryks, des ersten Staatspräsidenten der Tschechoslowakei. Der Tod des Ministers erregt weltweites Aufsehen. Gerüchte über einen Mord haben sich in Prag verbreitet. Masaryk war ein Gegner der kommunistischen Regierung. Er hatte sich für eine demokratische UN-Organisation eingesetzt. Der Tod des Ministers wird als ein Zeichen für die Unterdrückung der Demokratie in der Tschechoslowakei angesehen.

Kontrollen in Berlin-Verkehr

31. März. Die Sowjetadministration (SMA) Stabschefs der westalliierten Regierungen mit, die die Verbindungen zwischen Berlin und Westdeutschland umfassende Kontrollen um die Ausfuhr von Waren und Wirtschaftsgütern aus Deutschland und die von Spionen und Saboteuren in der SBZ zu verhindern müsse. Die Fluchtlinge in den Hungergebieten Westdeutschlands unterbunden werden. Die USA und Großbritannien der SMAD die alleinige Kontrolle über die SBZ ab.